Vorlage der Kommission "Organisationsfragen, Betriebsorganisation, Politische Bildung" für die Sitzung des Bundesvorstands der AfA am 26. August 1985 in Bonn

19. August 1985

Für Frieden, Arbeit, Umwelt und Soziale Sicherheit

- Aktionsprogramm der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen '86 -

C 98 - 04832

I. Seit der politischen Wende am 6. März 1983 hat sich die wirtschaftliche und soziale Lage der arbeitenden Menschen, der Arbeitslosen, der Jugendlichen, der Frauen und sozial schwachen Bevölkerungskreise grundlegend verschlechtert. Die massive Propaganda der Wende-Regierung kann nicht darüberhinwegtäuschen, daß sie eine stattliche Anzahl bedrückender Negativ-Rekorde aufgestellt hat und sie in kürzester Zeit ihre Glaubwürdigkeit verspielt hat:

o Noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik war die Arbeitslosigkeit so hoch wie heute: Mehr als 2,6 Mio. Anfang 1985 und über 2,2 Mio. im Juli d. J. gegenüber 1,8 Mio. beim Regierungswechsel im Herbst 1982. Besonders gravierend ist die Jugendarbeitslosigkeit: Mehr als 600.000 junge Menschen unter 25 Jahren sind gegenwärtig arbeitslos. 60.000 Jugendliche werden in diesem Jahr voraussichtlich keinen Ausbildungsplatz erhalten.

o Statt mit dem Sozialstaat die Krise zu bekämpfen, benutzt die Wende-Regierung die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise, um den Sozialstaat zu demontieren. Die ideologischen Grundlagen dafür wurden von Lambsdorff, Albrecht und George geliefert. Durch Kürzung sozialer Leistungen, Steuer- und Sozialabgabenerhöhungen wurden die Masseneinkommen mit 176 Mrd. DM belastet, während die Unternehmer um 24 Mrd. durch Senkung der Vermögenssteuer entlastet wurden, ohne daß dies zu mehr privaten Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze geführt hätte.

o Seit der Währungsreform gibt es heute
- die höchste Zahl an Sozialhilfeempfängern: 2,4 Millionen;
- die höchste Lohnsteuerquote: 13,2 Prozent im Jahre 1984 gegenüber 16,1 Prozent im Jahre 1982;
- den höchsten Rentenversicherungsbeitrag: 19,2 Prozent ab Jahresmitte 1985 gegenüber 18 Prozent beim Regierungswechsel;
- die höchste Zahl an Firmenzusammenbrüchen: 17.700 im Jahre 1984;
- die größte Öffnung der Einkommensschere in einem Zweijahres-Zeitraum: die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer sanken 1983 um 0,9 Prozent und 1984 noch einmal um 0,5 Prozent, während die Nettoeinkommen der Unternehmen 1983 um 11,2 und 1984 noch einmal um 9,5 Prozent gestiegen sind.

C 98 - 04832

o Nach den massiven Eingriffen und Kürzungen in der sozialen Sicherung ist die Wende-Regierung dazu übergegangen, Arbeitnehmerrechte systematisch zu demontieren:
- Abbau des Jugendarbeitsschutzes
- Abbau von Mitbestimmungsrechten, Verschlechterung des Arbeitsrechts durch das sogenannte "Beschäftigungsförderungsgesetz"
- Schwächung der Betriebsräte und Spaltung der Belegschaften durch extreme Ausweitung von Minderheitenrechten und gesetzliche Einrichtung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte im Betriebsverfassungsgesetz
- Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfkraft durch den Vorschlag, Unterstützungsleistungen durch die Bundesanstalt für Arbeit für mittelbar von Streiks betroffene Arbeitnehmer im Rahmen des AFG künftig zu verhindern.

II. Es hat sich bei den Landtagswahlen dieses Jahres im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und bei den Kommunalwahlen in Hessen ausgezahlt, daß Sozialdemokraten nach der Wende nicht resigniert, sondern Probleme angepackt haben, die den Menschen auf den Nägeln brennen und von deren Lösung die wirtschaftliche, soziale und ökologische Zukunft unseres Landes abhängt. Daß bei diesen Wahlen auch der große Ansehensverlust der Wende-Regierung eine erhebliche Rolle gespielt hat, ist unbestreitbar.

Der SPD ist aus vielen Bevölkerungsschichten, insbesondere aus der Arbeitnehmerschaft, neues Vertrauen zugewachsen. Die AfA hat daran durch ihre Vertrauensarbeit in den Betrieben und Verwaltungen und durch ihre sachlichen Beiträge entscheidenden Anteil:

1. Die SPD hat sich erneut als Partei des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung bestätigt und findet damit breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Durch ihren Dialog mit dem Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften und geplanten Begegnungen mit den amerikanischen Gewerkschaften zu den sozialen und ökonomischen Folgen des Wettrüstens leistet die AfA dazu ihren sachlichen Beitrag.

2. Sozialdemokraten stellen sich mit allen Kräften eindeutig gegen den Sozialabbau und den Abbau von Arbeitnehmerrechten durch die Wende-Regierung und haben die Gewerkschaften bei den Auseinandersetzungen um die Verkürzung der Arbeitszeit im vergangenen Jahr massiv gegen die Kampagne der Regierung und der Arbeitgeber unterstützt.

3. Mit dem Fachkongreß der AfA "Arbeit und Umwelt" im März 1985 hat die SPD breite Übereinstimmung mit den Gewerkschaften erzielt und öffentlich überzeugend dargelegt, daß die Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen und die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze keine Gegensätze darstellen, sondern zusammengehören. Mit dem Projekt "Arbeit und Umwelt" wurde ein konkreter und realistischer Vorschlag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgelegt. Mit diesem Projekt könnten jedes Jahr 400.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden.

4. Unser Ziel heißt: Mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Betrieb, auf Unternehmensebene und in der Gesamtwirtschaft. Deshalb haben Sozialdemokraten einen Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag eingebracht, mit dem die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte, vor allem bei der Planung und Einführung neuer Techniken, erweitert werden sollen. Außerdem treten Sozialdemokraten dafür ein, daß die Montanmitbestimmung gesichert und die paritätische Mitbestimmung auf alle Großunternehmen ausgedehnt wird.

5. Sozialdemokraten wollen mehr Sicherheit in der Rentenversicherung. Mit ihrer Forderung nach einem Wertschöpfungsbeitrag als zusätzliche Finanzierungsquelle für die Rentenfinanzen hat die AfA einen konstruktiven und realistischen Lösungsvorschlag zur dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzen vorgelegt.

6. Der Zugang zur Arbeit, Arbeitsmöglichkeiten, Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation werden zunehmend von der technischen Entwicklung unserer Industriegesellschaft bestimmt. Deshalb ist für Sozialdemokraten die soziale Gestaltung der Technik und die demokratische Kontrolle ihrer Planung und Anwendung ein entscheidender Ausgangspunkt für eine menschenwürdige Zukunft. Die Arbeitsgruppe "Arbeit, Technik, Wirtschaftsstruktur" des PV hat sozialdemokratische Ansprüche an die zukünftige Technologiepolitik, Technikgestaltung und Technikanwendung formuliert, die auf dem Forum "Arbeit und Technik" am 29. August 1985 mit Vertretern von Gewerkschaftern, Wirtschaft, Wissenschaft und Betriebsräten diskutiert wurden.

/4

1986 werden Sozialdemokraten weitere wichtige und entscheidende Resultate ihrer politischen Arbeit, politische Zielvorstellungen und den Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms vorlegen:

- Bundeskonferenz der AfA vom 7. - 9. März 1986
- Wirtschaftspolitischer Kongreß der SPD am 9./10. Mai 1986 in Hamburg
- Bundesparteitag vom 8. - 12. September 1986 in Nürnberg

Der AfA kommt dabei die Aufgabe zu, Forderungen und Erwartungen der sozialdemokratischen Arbeitnehmer bei den zentralen Veranstaltungen und Beschlußfassungen der Partei einzubringen und durchzusetzen.

III. Bei den Wahlauseinandersetzungen des nächsten Jahres

- Landtagswahl in Niedersachsen Juni 1986
- Landtagswahl in Bayern Herbst 1986
- Bürgerschaftswahl in Hamburg Herbst 1986

und im Bundestagswahlkampf zur Bundestagswahl im Januar 1987 kommt es darauf an, vor allem die breiten Schichten der Arbeitnehmer gegen die Politik der Wende-Regierung zu mobilisieren und das Vertrauen in sozialdemokratische Politik zu stärken. Es ist unser Ziel, erneut bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung des inneren und äußeren Friedens zu gewinnen. Wie bei früheren Wahlkämpfen, wird die AfA auch im nächsten Jahr ihren Wahlkampfbeitrag leisten. Sie wird dabei, bezogen auf die Bundestagswahl 1987, ihre Beiträge im wesentlichen vor Beginn der "heißen Wahlkampfphase (nach dem 15. September) zu leisten haben und in der heißen Wahlkampfphase selbst mit allen Kräften die Wahlkampfaktivitäten der Partei unterstützen.

/5

Die Mobilisierungskampagne der AfA soll an den elementaren Lebensinteressen der Arbeitnehmer erfolgen und an den Kernpunkten sozialdemokratischer Arbeitnehmerpolitik anknüpfen:

- o Bewahrung des äußeren Friedens durch Beendigung des Wettrüstens, Rüstungsabbau und Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik;
- o Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen, vor allem durch stetige Arbeitszeitverkürzung, eine beschäftigungsorientierte Finanz-, Sozial-, Struktur- und Steuerpolitik, die auch die Masseneinkommen fördert und durch eine Initiative "Arbeit und Umwelt" durch die Investitionen zur Umweltverbesserung finanziert werden können;
- o Gezielte Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch Maßnahmen, die zu einer Erhöhung des Ausbildungsplatzangebots führen und den Übergang von der Ausbildung in Arbeitsverhältnisse erleichtern;
- o Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und der gesellschaftlichen Lebensgrundlagen der arbeitenden Menschen nach dem Programm "Arbeit und Umwelt" der SPD und der AfA;
- o Umweltverträgliche und soziale Technologiepolitik, Technikgestaltung und Technikanwendung;
- o Sicherung und Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer;
- o Sicherung des sozialen Netzes, vor allem dauerhafte Sicherung der Rentenfinanzen.

Wahlkampfbeiträge der AfA und der Betriebsgruppen:

1. Arbeitnehmer- und Betriebsrätekonferenzen

- Organisationspolitische Konferenz des AfA-Bundesvorstands Ende 1985/Anfang 1986 zum Stand der betriebspolitischen Arbeit der SPD, Vorbereitung auf die AfA-Bundeskonferenz und auf die Wahlauseinandersetzungen 1986.

- Bundeskonferenz der AfA vom 7. - 9. März 1986 in Hannover, auch als Beitrag zur Landtagswahl in Niedersachsen.
- Eröffnung des Arbeitnehmerwahlkampfes zur Bundestagswahl 1987 durch eine zentrale Betriebs- und Personalrätekonferenz mit 400 - 500 Betriebs- und Personalräten, Betriebsgruppenmitgliedern und Betriebsvertrauensleuten im Frühjahr 1986 (Ende April/Anfang Mai).
- Zentrale Fachkonferenz "Zukunft der Arbeit" mit den Themen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, Beziehungen von Arbeit und Technik, Arbeit und Umwelt, Mitbestimmung, Bedeutung der Erwerbsarbeit Frühjahr 1986.
- Fachkonferenz zur Zukunft der sozialen Sicherheit (Sozialpolitik der SPD).
- Fachkonferenzen durch die zentralen Betriebsgruppenausschüsse der AfA: Bundesbahn, Bundespost, Polizei, Arbeitsverwaltung, Bundeswehr, Chemie, Automobilindustrie usw.
- 20 - 30 Arbeitnehmer- und Betriebsrätekonferenzen durch die Bezirks- und Landesverbände der AfA.
- Arbeitnehmer- und Betriebsgruppenkonferenzen auf Unterbezirksebene.
- "Betriebspolitische Wochen" durch die Unterbezirke der AfA und Betriebsgruppen.

2. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

- Verstärkter Einsatz der Betriebszeitungen und regionaler Arbeitnehmerzeitungen, Flugblattaktionen.
- Informationen zur Politik der Wenderegierung und Darstellung sozialdemokratischer Alternativen.
- Herausgabe einer zentralen Arbeitnehmerzeitung zur Verteilung vor den Betrieben; Auflage: 1 Mio.
  1 Ausgabe Frühjahr 1986
  1 Ausgabe Herbst 1986

3. Arbeitnehmer-Wählerinitiativen

Anknüpfend an die bundesweite Arbeitnehmer-Wählerinitiative zum Europa-Wahlkampf 1984 und der Wählerinitiative "Arbeitnehmer für Johannes Rau" zur Landtagswahl in NRW 1985 wird eine bundesweite Arbeitnehmer-Wählerinitiative zur Unterstützung des sozialdemokratischen Spitzenkandidaten gegründet. Ihre Aktionen werden von der Wählerinitiative selbst festgelegt.

4. Regionale Wahlkampfbeiträge

Zu den Landtagswahlen in Niedersachsen, Bayern und zur Bürgerschaftswahl Hamburg 1986 leistet die AfA in diesen Bundesländern ihre besonderen Wahlkampfbeiträge durch Arbeitnehmerkonferenzen, Wählerinitiativen und arbeitnehmerbezogene Informationsarbeit.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek